

# Blickpunkt Europa

Europapolitisches Magazin

Ausgabe 37 | November 2023



Fraktion der Progressiven Allianz der  
**Sozialdemokraten**  
im Europäischen Parlament

Liebe Leserin, lieber Leser,



dass wir in einer sehr herausfordernden Zeit leben, lässt sich nicht abstreiten. Aus dem Strudel aktueller Entwicklungen möchte ich in dieser

Ausgabe meines Infomagazins jedoch zwei Themen konkreter ins Visier nehmen.

Migration – sowohl Arbeitsmigration als auch Asyl – und deren Gestaltung innerhalb und außerhalb Europäischer Grenzen beschäftigt uns seit vielen Jahren. Aktuell sehen wir, dass Versäumnisse etwa im Bereich (vernachlässigtem) Wohnungsbau besonders deutlich werden. Das Thema wird von einigen politischen Kräften in regelmäßigen Abständen missbraucht, um Gesellschaften zu spalten, Menschen gegeneinander auszuspielen oder gar aufzuhetzen. Dabei bietet Migration enorme Chancen für die Europäische Union - im Bereich Asyl aber auch beim Thema Arbeitsmigration.

Der Gesetzesvorschlag zur Bekämpfung von Darstellungen des sexuellen Kindesmissbrauchs im Netz (CSAM) wurde von Anfang an sehr kontrovers diskutiert. Gleichwohl ist es dem Europäischen Parlament gelungen, eine Position mit breiter Mehrheit über die Fraktionsgrenzen hinweg zu beschließen. In einem Bericht beleuchte ich die Fakten und erkläre die Position meiner Sozialdemokratischen Fraktion.

Natürlich berichte ich auch in dieser Ausgabe über ausgewählte Termine vor Ort in NRW und erzähle über Besuchergruppen, die mich in Straßburg und Brüssel zu Gesprächen getroffen haben.

Ich wünsche eine spannende Lektüre!  
Herzliche Grüße, Ihre

*Birgit Pippel*

## Migration als Chance für Europa begreifen

Europa braucht Arbeitskräfte, zunehmend können (Ausbildungs-)Stellen nicht besetzt werden. Auch in Deutschland fehlen derzeit hunderttausende Fachkräfte, Tendenz steigend. Die Wirtschaftsweise Monika Schnitzer spricht sogar von jährlich etwa 1.5 Millionen benötigten Arbeitskräften aus dem Ausland. Vorrangig gilt es, eigenes Potential besser zu nutzen; etwa, die Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss zu minimieren oder flexible Angebote für Qualifizierung bei Wieder- und Quereinstieg zu bieten. Zusätzlich brauchen wir dennoch Einwanderung. Dafür müssen wir die Bedingungen verbessern und europäisch vereinheitlichen.

### Europa und Deutschland für Arbeitskräfte attraktiver machen

Migration ist kein neues Phänomen. Menschen sind auf der Suche nach Nahrung und Arbeit schon immer weitergezogen;

nach dem zweiten Weltkrieg spielten die sogenannten „Gastarbeiter:innen“ gerade in Deutschland eine entscheidende Rolle beim Wiederaufbau des Landes.

Aktuell hat die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung das Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen, das Hürden für die Arbeitsplatzsuche abbauen soll. Auf EU-Ebene haben wir bei der Reform zur Blauen Karte EU für qualifizierte Arbeitskräfte den Arbeitgeberwechsel ermöglicht, um für dringend benötigte Fachkräfte attraktiver zu werden. Außerdem wird der Aufenthalt zur Arbeitssuche erleichtert, was besonders für eine Einstellung bei kleinen und mittelständischen Unternehmen entscheidend sein kann.

Zugleich wirbt Deutschland auch aktiv um Fachkräfte. Die Westbalkan-Regelung, mit



der Arbeitgeber pro Jahr 50.000 Fachkräfte aus den Westbalkanstaaten nach Deutschland bringen können, gilt als Erfolgsmodell und soll nun auch auf nicht formal qualifizierte Arbeitskräfte ausgeweitet werden. Für ein friedliches Miteinander braucht es dabei faire Löhne und Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten.

### **Potenziale nutzen und Möglichkeiten schaffen**

Die meisten geflüchteten Menschen wollen sich schnell ein neues Leben aufbauen, arbeiten oder eine Ausbildung machen. Doch eine schnelle Integration wird oft erschwert durch langwierige Verfahren, fehlenden Zugang zu Sprachkursen oder einen unsicheren Aufenthaltstitel. Deshalb begrüße ich als Mitglied der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament die Initiative der Bundesregierung zum Chancenaufenthaltsrecht. Menschen, die zum Stichtag 31.10.2022 seit mindestens fünf Jahren in Deutschland geduldet sind, können durch ein Chancenaufenthaltsrecht eine Erwerbstätigkeitserlaubnis

erhalten und haben dann 18 Monate Zeit, Deutsch zu lernen und eine Arbeitsstelle zu finden, um eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis zu bekommen. So nutzen wir das Potenzial derer, die schon bei uns leben, sich womöglich bereits integriert haben. Das ist weniger aufwändig, als in Drittstaaten deutsche Arbeitsplätze zu bewerben.

Eine Blaupause für den künftigen Umgang mit Asylbewerber:innen kann außerdem die Anwendung der „Richtlinie zum vorübergehenden Schutz“ für Flüchtlinge aus der Ukraine sein, deren Umsetzung einen schnellen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht und damit auch den Grundstein legt für eine erfolgreiche Integration. Auch die oft dezentrale Unterbringung hat sich positiv ausgewirkt.

### **Ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem**

Wir wollen Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, in Europa Schutz gewähren. Das ist eine Herausforderung, die wir gemeinsam solidarisch gestalten müssen. Frühe Kontrollen und Identitätsprüfungen sowie faire und verbindliche

Verteilung sind nur zwei wichtige Eckpunkte, über die wir auf europäischer Ebene verhandeln. Das Europäische Asylsystem muss dabei das individuelle Recht auf Asyl sichern. Die Erfahrungen bei der Aufnahme von ukrainischen Geflüchteten einerseits und der Bedarf an Arbeitskräften andererseits sowie die vielen positiven Beispiele der Integration zeigen, dass Migration gelingen kann - hin zu einer Erfolgsgeschichte für geflüchtete Menschen und unsere Gesellschaft.

**Ausblick:** Legale Zugangswege für Arbeitsmigration und Asyl machen die gefährlichen Angebote krimineller Schlepper zunehmend überflüssig und schaffen so mehr Sicherheit.

Neben Einwanderung stehen gerade unsere Kommunen vor vielen weiteren Herausforderungen etwa durch Klimawandel, Digitalisierung, Umbau der Industrie, Nachholbedarfe bei Wohnungsbau. Kommunen müssen daher finanziell und strukturell in die Lage versetzt werden, Zukunft für Menschen zu gestalten.

## Besucher:innen im Parlament



*Bürger:innen aus Südwestfalen im Europaparlament in Straßburg*

In der letzten Ausgabe meines Infomagazins berichtete ich kurz darüber, dass für Juni Besuche einiger Schülergruppen an beiden Arbeitsorten des Europäischen Parlament geplant waren, die dann auch alle stattfinden konnten.

Den „Auftakt“ in Brüssel bildeten Auszubildende des Käthe-Kollwitz-Berufskollegs aus Hagen mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik. Die angehenden Erzieher:innen interessierten sich für die Arbeit des Parlaments „hinter den Kulissen“. Mitte Juni

besuchte mich eine internationale Schüler:innengruppe in Straßburg, um die Ergebnisse ihres durch EU-Gelder geförderten Projektes „FIT-FOR-FUTURE“ zu präsentieren. Die Teilnehmenden aus Soest, Bochum, Estland und Polen hatten im Rahmen des Projekts den Umgang mit Insekten und damit das Thema Biodiversität in den Fokus gestellt. Ende Juni kamen die Studierenden der VWL an der Universität Siegen nach Brüssel, um sich über meine Arbeit als sozialdemokratische Europaabgeordnete zu informieren.

Direkt nach der Sommerpause Ende August empfing ich eine Bürger:innengruppe aus dem Hochsauerland und dem Kreis Soest und eine Woche später – Anfang September kamen die Teilnehmenden der AG 60 Plus und AEG-Pensionäre aus dem Kreis Soest nach Brüssel mit vielen Fragen zu unterschiedlichen Themen.

Im Oktober konnte ich interessierte Bürger:innen aus dem Märkischen Kreis sowie der Kreise Siegen-Wittgenstein und Olpe in Straßburg begrüßen. Die aktuellen Entwicklungen in der Europäischen Union und der Welt standen im Mittelpunkt dieser Gespräche.

# Kindesmissbrauch online effektiv bekämpfen

Die Bekämpfung von Missbrauchsdarstellungen im Netz ist eine der Hauptprioritäten der EU-Kommission für dieses Mandat. In der Kommunikation wurde immer wieder betont, es gehe um den Schutz von Kindern.

Aus Sicht meiner Fraktion und letztlich einer Mehrheit im zuständigen Ausschuss gab es jedoch zentrale Probleme. Menschen, die Messenger oder Chatfunktionen auf Plattformen nutzen, müssen sich darauf verlassen, dass ihre Kommunikation vertraulich ist und damit auch das digitale Briefgeheimnis gilt. Eine wichtige Voraussetzung für Meinungsvielfalt, Privatsphäre und andere Grundrechte. Dennoch müssen wir Mittel finden, damit die Verbreitung und das Teilen von Missbrauchsdarstellungen von Kindern im Netz effektiv bekämpft wird. Eine Zusammenarbeit von Ermittlungsbehörden und Providern ist notwendig, um einerseits Darstellungen rechtsicher als kriminell einzustufen und diese dann auch zuverlässig zu löschen. Eine weitere Herausforderung ist die Kontaktaufnahme von Erwachsenen zu minderjährigen Kindern mit dem Ziel eines Missbrauchs oder der sexuellen Ausbeutung. Diese Kontaktaufnahme erfolgt zunehmend online, man spricht hier von Cybergrooming.

Im Mai 2022 veröffentlichte die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern online.

Anbieter von Hosting Diensten wie Cloudanwendungen oder Webseiten bzw. Kommunikationsdiensten wie Messenger-Apps sollten analysieren, ob und in welchem Umfang ihre Dienste für die genannten Straftaten verwendet werden und auf dieser Grundlage Maßnahmen vorschlagen, dieses Risiko zu verringern. Zugleich können ihnen Verpflichtungen in Bezug auf die Erkennung, Meldung und Sperrung von bekannten und neuen Darstellungen sexuellen Kindesmissbrauchs sowie des Cybergrooming auferlegt werden. Der Vorschlag beinhaltet auch die Einrichtung eines EU-Zentrums, um die bessere Durchsetzung der vorgeschlagenen Verordnung zu ermöglichen.

Der Entwurf der EU-Kommission sah zunächst vor, dass Provider wie Messenger

Apps auf Anordnung einer Behörde, die nicht zwingend ein Gericht sein musste, private Kommunikation und auch verschlüsselte Chats durchleuchten sollten, damit sie den Verpflichtungen aus dem Gesetz gerecht werden. Dies war der Anlass zu einer breit geführten Debatte. Auf der einen Seite ging es um die Gefahr einer sehr umfassenden Überwachung jeglicher Kommunikation; auf der anderen Seite gab es kaum konkrete Maßnahmen zu Prävention, Aufklärung und Stärkung von Kindern, Jugendlichen sowie anderen Nutzer:innen.

Vor diesem Hintergrund gab es Interventionen und zum Teil sehr harsche Kritik von Datenschutzbehörden und Zivilgesellschaft, Kinderschutzorganisationen sowie Strafverfolgungsbehörden - aber auch von den Rechtsdiensten des Parlamentes und des Rates. Das Ziel Kinder zu schützen, werde mit diesem Gesetzesvorschlag nicht erreicht werden. Auch Für die Strafverfolgung bedeuten mehr Daten und mehr Zugriff nicht automatisch auch mehr Ermittlungserfolge. Im Gegenteil. Denn wer die Nadel im Heuhaufen suchen muss, verliert Zeit. Aufklärung, Information und gezielte Maßnahmen seien daher effektiver.

Anlass für ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit der geplanten Eingriffe und Einschränkungen des Schutzes von Grundrechten gab es auch wegen sog. Aufdeckungsanordnungen. Die zuständigen Behörden könnten anordnen, dass sämtliche Kommunikationsinhalte aller Nutzer:innen des Dienstes überwacht werden. Das wäre anlasslose Massenüberwachung. Dies ist besonders problematisch, da es keine funktionierende Technologie gibt, die Cybergrooming oder auch Bilder- und hier insbesondere neue, unbekannte Bilder - sicher erkennt, was zu einer hohen Zahl falsch-positiver Ergebnisse führt. Harmlose, im gegenseitigen Einverständnis gleichaltriger ausgetauschte Nachrichten und Bilder und damit auch die betroffenen Jugendlichen könnten so Teil strafrechtlicher Ermittlungen werden und die Verfolgung tatsächlicher Straftaten wegen Überlastung der Behörden behindern.

Nach langen und schwierigen Verhandlungen im Parlament konnten wir mit viel Einsatz meiner S&D Fraktion eine Position erzielen, die mit breiter Mehrheit



angenommen wurde. Im Vergleich zum Kommissionsvorschlag wurde der Text in wesentlichen Punkten zum verändert, sodass nun der Fokus auf einer effektiveren Strategie zum Schutz von Kindern im Netz liegt. Gleich zu Beginn des Vorschlags ist klargestellt, dass das EU-Parlament sich gegen Massenüberwachung einsetzt und den Schutz von Ende-Zu-Ende Verschlüsselung vorschreibt.

Zur Verhinderung von Cybergrooming sollen die Dienste für öffentlich zugängliche Chats mit hohem Risiko des Missbrauchs, wie etwa bei speziellen Angeboten für Kinder, eine Moderation durch einen Menschen etablieren. Das neue EU-Zentrum wird eine zentrale Kinderschutzplattform schaffen, die alle Hot- und Helplines europaweit und leicht zugänglich für Nutzer:innen zusammenfasst. Sollten all diese präventiven Maßnahmen nicht ausreichen, können ausschließlich Justizbehörden als letztes Mittel Aufdeckungsanordnungen erlassen, die jedoch in mehrfacher Hinsicht eingeschränkt und gezielt sein müssen.

Dank des Einsatzes von Sozialdemokraten liegt der Fokus bei strafbaren Inhalten auf Löschen; Netzsperrungen sind nur als letztes Mittel möglich und an strenge Voraussetzungen geknüpft, legale Inhalte dürfen nicht betroffen sein. Insgesamt ist die Position des EU-Parlamentes eine wesentliche Verbesserung und dank der Schlüsselrolle der meiner Fraktion in den Verhandlungen können sowohl Ende-zu-Ende Verschlüsselung geschützt und eine allgemeine Massenüberwachung verhindert werden.

# Termine vor Ort in NRW und darüber hinaus

Themen, die ich als Mitglied der Sozialdemokratischen Fraktion im Innenausschuss berate und gestalte, waren die Grundlage vieler interessanter Gespräche, die ich in der zweiten Jahreshälfte führte.

Die europäische Flüchtlingspolitik und die Lage geflüchteter Menschen in Europa stand im Vordergrund sowohl bei der Diskussion der AG 60 Plus im Hochsauerlandkreis im Juli und auch im Rahmen einer internationalen Parlamentarier:innenkonferenz in Kroatien im Oktober. Auch die Online-Gespräche mit den Jungsozialist:innen aus NRW im Sommer sowie mit den Auszubildenden der Landkreise und Kommunen aus der Region Neckar-Alb im Herbst drehten sich um die Asyl- und Flüchtlingspolitik auf allen politischen Ebenen.

Sehr interessant und informativ fand ich die Ausstellung „Kinderrechte an den Außengrenzen der EU“ in Hagen, die ich auf Einladung von terre des hommes im August mit eröffnet hatte.

Der Rechtsruck und seine möglichen Folgen in der gesamten Europäischen Union stand im Mittelpunkt der Diskussion mit den Mitgliedern des Arbeitskreises „Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit“ der IG Metall Hagen im Sommer.



Gerne folgte ich der Einladung der KFD – katholische Frauengemeinschaft Deutschland zu einem Gesprächsabend nach Neuenrade. Für die Teilnehmenden waren sowohl mein Werdegang als Europaabgeordnete wie auch meine Fachthemen und aktuelle Entwicklungen in der Europäischen Union von Interesse.

Und natürlich gab es auch weniger „formelle“ Termine, bei denen dennoch wichtige und interessante Gespräche und Diskussionen entstanden. Beim Sommerfest der Sozialdemokraten aus Hagen-Westerbauer habe ich mit großem Interesse den „Bierfass-Werfen-Wettbewerb“ beobachtet. Die Ortsvereine Bruchhausen und Ne-

heim aus dem Hochsauerlandkreis hatten für ihr Sommerfest jeweils ein interessantes Programm mit vielen Gesprächsmöglichkeiten geboten.

Anfang September lud die Stadt Arnsberg zu einem Sportball ins Sauerlandtheater ein, an dem ich sehr gerne teilgenommen habe. Im einem Festakt wurden die erfolgreichen Sportler des Jahres 2021 aus Arnsberg geehrt. Des Weiteren gab es Termine an Schulen in Hemer und Bielefeld und gemeinsam mit der SPD Arnsberg konnte ich zu einer Lesung mit Sawsan Chebli (Foto) zu Hass und Hetze im Netz sowie deren Folgen für unser Zusammenleben und unsere Demokratie einladen.

## Impressum

**Verantwortlich:** Birgit Sippel MdEP · Ulricherstraße 27 · 59494 Soest  
Telefon: 02921 599 1750 · europa@birgit-sippel.de · www.birgitsippel.de  
www.facebook.com/BirgitSippel · www.twitter.com/BirgitSippelMEP

**Redaktion:** Birgit Sippel MdEP / S&D-Fraktion im EP

**Satz:** ensemble»design, Soest

**Fotos:** Birgit Sippel MdEP · © Europäisches Parlament 2022 · © European Union 2023  
© Fokussiert – adobeStock.com · © fizkes – adobeStock.com

